

Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht der Präsidialabteilung

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: Article

Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Band (Jahr): - (1955)

PDF erstellt am: 22.07.2024

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417509>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

BERICHT
ÜBER DIE
STAATSVERWALTUNG
DES KANTONS BERN
FÜR DAS JAHR 1955

Bericht der Präsidialabteilung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **R. Gnägi**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **Dr. M. Gafner**

Vizepräsident des { Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **Dr. M. Gafner**
Regierungsrates: { Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **Dr. R. Bauder**

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahr fanden eine kantonale und eine eidgenössische Abstimmung statt mit je 2 Vorlagen.

A. Kantonale Volksabstimmung

Diese fand am 8. Mai statt. Die Stimmberechtigten hatten sich über die Volksbeschlüsse für einen Kredit zum Umbau des Gebäudes Gerechtigkeitsgasse 64/Postgasse 57 in Bern und über die Bewilligung von Baubeträgen an das Seeländische Verpflegungsheim Worben auszusprechen.

Beide Vorlagen wurden angenommen, die erste mit 20 440 Ja gegen 13 985 Nein, die zweite mit 25 025 Ja gegen 9797 Nein. Die annehmende Mehrheit betrug somit 6455 respektive 15 228 Stimmen. Von den 249 742 in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten gingen nur 14,54 % oder 36 319 an die Urne.

B. Eidgenössische Volksabstimmung

Es wurde am 14. März über den Bundesbeschluss betreffend das Volksbegehren zum Schutze der Mieter und Konsumenten sowie den Gegenentwurf dazu ent-

schieden. Das Volksbegehren wurde mit 63 677 Ja gegen 50 019 Nein angenommen, während der Gegenentwurf mit 70 897 Nein gegen 41 584 Ja abgelehnt wurde. Die annehmende Mehrheit betrug für das Volksbegehren 13 658 Stimmen, die ablehnende Mehrheit für den Gegenentwurf 29 313 Stimmen.

In eidgenössischen Angelegenheiten hatten im Zeitpunkt der Abstimmung 250 631 Bürger das Stimmrecht. Von diesen gingen 116 735 oder 46,57 % an die Urne.

Volkswahlen

Im Berichtsjahr fand die Gesamterneuerung des Nationalrates statt, über deren Ergebnis nachfolgend berichtet wird.

Die Römisch-katholische Kommission wurde im stillen Wahlverfahren gewählt. Sie besteht aus 4 Geistlichen und 7 Mitgliedern weltlichen Standes.

**Vertretung des Kantons Bern in der
Bundesversammlung**

In der Novembersession des Grossen Rates wurden die bisherigen Mitglieder des Ständerates, alt Regierungsrat Georges Moeckli in Delsberg und Rudolf Weber,

Landwirt in Grasswil, für eine weitere Amtsdauer wiedergewählt. Die Amtsdauer wurde durch Beschluss des Grossen Rates mit Rücksicht auf die im Berichtsjahr vorbereitete Ergänzung von Art. 26 Ziff. 13 der Staatsverfassung auf zwei Jahre festgesetzt.

Am 30. Oktober fand die Gesamterneuerung des Nationalrates statt. Im Kanton Bern sind 33 Nationalräte zu wählen. Es wurden 10 Listen mit 227 Kandidaten eingereicht, wovon 61 kumuliert waren. Bei den Nationalratswahlen von 1951 wurden ebenfalls 10 Listen eingereicht mit 220 Kandidaten. Die 33 Mandate des Wahlkreises Bern verteilen sich auf die Listen wie folgt:

1 Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei Emmental, Jura, Mittelland, Ob- und Nidwalden	9
2 Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, Landesteil Oberland	2
3 Sozialdemokratische Partei	12
4 Katholische und christlich-soziale Volkspartei	1
5 Freisinnig-demokratische Partei, Landesteile Emmental, Mittelland, Ob- und Nidwalden, Seeland, Laufental	4
6 Freisinnig-demokratische Partei, Landesteil Oberland	1
7 Parti libéral jurassien	1
8 Parti socialiste jurassien	1
9 Parti démocratique-catholique	1
10 Landesring der Unabhängigen	1
Total	33

Regierungsrat Dr. Robert Bauder, der auf der Liste der Freisinnig-demokratischen Partei, Landesteile Emmental, Mittelland, Ob- und Nidwalden, Seeland, Laufental, an zweiter Stelle gewählt wurde, verzichtete mit Rücksicht auf Art. 3 des Gesetzes vom 3. November 1929 über die Wählbarkeit von Mitgliedern des Regierungsrates in die Bundesversammlung vom 3. November 1929 auf die Ausübung des Nationalratsmandates. An seiner Stelle wurde der 1. Ersatzmann dieser Liste, Georg Rutishauser, ehemaliger Oberkriegskommissär, als gewählt erklärt.

Der Wahlakt selber gab zu keinen Bemerkungen Anlass. Er konnte im ganzen Kanton reibungslos durchgeführt werden.

Die Mitteilung aus Courroux, Art. 13^{bis} des Bundesgesetzes über die Wahl des Nationalrates in der Fassung der Gesetzesnovelle vom 22. Dezember 1938 sei durch planmässiges Ausfüllen und Abändern von Wahlzetteln verletzt worden, wurde den eidgenössischen Behörden überwiesen. Die Untersuchung verlief aber negativ.

Nach der Gesamterneuerung des Nationalrates erfuhr die bernische Delegation in der Bundesversammlung keine weiteren Änderungen.

Grosser Rat

Der Grosse Rat hielt im Berichtsjahr 4 Sessionen ab, wovon 1 ausserordentliche im Februar, mit insgesamt 35 Sitzungen. Bis zum 31. Mai amtierte als Präsident Dr. Hans

Tschumi, Tierarzt in Interlaken. Vizepräsidenten waren Werner Bickel, Kirchenverwalter, und Dr. Reynold Tschäppät, Adjunkt der Eidgenössischen Polizeidirektion, beide in Bern.

Für das Geschäftsjahr 1955/56 wurden als Präsident Werner Bickel und als Vizepräsidenten Dr. R. Tschäppät, und Hans Tschanz, Grosshöchstetten, gewählt.

Im Berichtsjahr verzichteten folgende Mitglieder auf ihr Grossratsmandat: Christian Schmid, Mühleberg; Christian Rubi, Wengen; Emil Baumgartner, Thun, und Walo v. Greyerz, Bern. Den aus dem Rate Ausscheidenden sei auch an dieser Stelle für ihre Arbeit im Dienste unseres Bernerlandes gedankt.

An ihre Stellen rücken in den Rat nach: Otto Bienz, Landwirt, Neuenegg; Fritz Oester, Postangestellter, Unterseen; Hans Schlapbach, Förster, Steffisburg, und Alfred Luginbühl, Prokurist, Bern-Felsenau.

In den ständigen Kommissionen traten folgende Änderungen ein:

Staatswirtschaftskommission. Rücktritte: Dr. W. Aebi, Präsident, Fr. Berger, Linden, und S. Kohler, Courgenay. Die Zurücktretenden, für deren Dienste gedankt wurde, sind ersetzt worden durch Fr. Grädel, Huttwil, G. Zingre, Gstaad, und E. Baumgartner, Biel.

Die Staatswirtschaftskommission wählte zu ihrem Präsidenten E. Bircher, Bern, und zum Vize-Präsidenten F. Schneiter, Muri.

Paritätische Kommission. Der Präsident, Jos. Vallat, Pruntrut, trat gemäss Reglement zurück und wurde durch Fr. Moser, Wangen, ersetzt. Neuer Vizepräsident: Dr. J.-P. Châtelain, Delsberg.

Das zurückgetretene Mitglied dieser Kommission (alter Kantonsteil), Walo v. Greyerz, wird in der Februar-session 1956 ersetzt werden.

In den übrigen ständigen Kommissionen erfolgten keine Änderungen.

In seinem Amte als Verwalter der Hypothekarkasse wurde für eine neue 4-jährige Amtsdauer Otto Maurer, Notar, bestätigt.

An Stelle des zum Mitglied des Bundesgerichtes gewählten Obergerichtspräsidenten Dr. Karl Danegger wurde als neuer Präsident des Obergerichtes Otto Peter, bisher Vizepräsident, gewählt.

Zum neuen Mitglied des Obergerichtes wurde Hans Burn, Gerichtspräsident in Frutigen, ernannt.

Auf Ende des Jahres trat Oberrichter Hans Wüthrich zurück. Die Ersatzwahl erfolgt im nächsten Berichtsjahr.

In der *Pferdezuchtkommission* waren wegen Ablaufes der Amtsdauer 4 Mitglieder zu wählen. Bestätigt wurde Hans Neuenschwander, Kantonstierarzt in Bern. An Stelle der ausscheidenden F. Bütikofer, O. Gyger und A. Juillerat wurden für eine Amtsdauer von 6 Jahren gewählt: F. Hebeisen, Hofwil; Georges Luterbacher, Prêles, und J. Chêne, Damvant (letzterer infolge Erreichung der Altersgrenze nur bis 1958).

In der *Kommission für Rindviehzucht* sind wegen Ablaufes der Amtsdauer 3 Mitglieder ausgeschieden, nämlich E. Balmer, W. Gygas und W. Nussbaumer. Es wurden neu gewählt F. Bieri, Neuenegg, E. Jufer, Lotzwil, und Georges Châtelain, Les Reussilles.

Auch in der *Kommission für Kleinviehzucht* waren 3 Mitglieder wegen Ablaufes der Amtsdauer zu ersetzen: F. Lanz, H. Moor und E. Steffen. Neu wurden gewählt F. Seewer, Boltigen, F. Beutler, Heimenschwand, und U. Amstutz, Rebévelier.

Der Rat wählte ferner als *kaufmännisches Mitglied des Handelsgerichtes* an Stelle des zurückgetretenen Dr. Willi Aebi, Burgdorf, Hans-Ueli Aebi, Ingenieur in Burgdorf.

Im Berichtsjahr wurden folgende wichtige Geschäfte behandelt:

1. Verfassungsänderung

Ergänzung von Art. 26, Ziff. 13, der Staatsverfassung (Amtsdauer der Ständeräte), 2. Beratung.

2. Gesetze

Abänderung einiger Bestimmungen des Gemeindegesetzes (Frauenstimm- und Wahlrecht in den bernischen Gemeinden), 1. und 2. Beratung. (Das Volksbegehren betreffend Frauenstimm- und Wahlrecht wurde hernach durch 10 bevollmächtigte Unterzeichner zurückgezogen).

Beitritt des Kantons Bern zum Konkordat betreffend Schürfung und Ausbeutung von Erdöl, 1. Beratung.

Direkte Staats- und Gemeindesteuern; Abänderung und Ergänzung, 1. Beratung.

3. Dekrete

Bekämpfung des Rinderabortus Bang.

Busseneröffnungsverfahren in den Gemeinden; Abänderung.

Erhebung von Beiträgen der Grundeigentümer an die Strassenbaukosten der Gemeinden.

Hauptrevision der amtlichen Werte der Grundstücke und Wasserkräfte.

Organisation der Erziehungsdirektion; Abänderung.

Organisation der Justizdirektion.

Organisation der Landwirtschaftsdirektion; Abänderung.

Pensionskasse der Kantonalbank von Bern und der Hypothekarkasse des Kantons Bern.

Polizeikorps des Kantons Bern.

Verfahren bei Volksabstimmungen und Wahlen; Abänderung und Ergänzung des Dekretes vom 10. Mai 1921 (Schlussabstimmung verschoben).

Wahl der römisch-katholischen Kommission; Abänderung.

4. Volksbegehren und Volksbeschlüsse

Baubeiträge an das seeländische Verpflegungsheim Worben.

Umbau des Gebäudes Gerechtigkeitsgasse 65/Postgasse 57, Bern.

5. Andere Geschäfte

Neben dem Verwaltungsbericht und der Staatsrechnung 1954 sowie dem Voranschlag 1956 wurden im Grossen Rate noch folgende wichtige Geschäfte erledigt:

Errichtung von neuen Pfarrstellen.

Teuerungszulagen an das Staatspersonal, Lehrkräfte der Primar- und Mittelschulen und der Rentenbezüger.

Regierungsratsberichte über die Ausführung der Beschlüsse des Grossen Rates vom 10. März 1949 über Jurassische Angelegenheiten und den Jura im Rahmen der bernischen Staatsfinanzen.

Kaufmännische Berufsschule; Baubeitrag an Neubau. Landerwerb für neues Tierspital.

Beteiligung an den Kraftwerken Grande Dixence S.A. und an den Blenio-Kraftwerken AG.

Programm über den Ausbau der Verbindungs- und Nebenstrassen in den Jahren 1956–57.

Solothurn-Niederbipp-Bahn; technische und finanzielle Sanierung.

Beiträge: Heilstätten und Spitäler, Bau und Einrichtung von Alters- und Erziehungsheimen, Ausbau der Alpenstrassen, an Hoch- und Tiefbau, Kanalisationen und Kläranlagen, Gemeindestrassen und Brücken, Schulhausbauten und Turnanlagen sowie Bau von Lehrerwohnungen, Bodenverbesserungen, Aufforstungen und Verbauungen.

6. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahr 1954 waren im Berichtsjahr noch 6 Motionen zu behandeln. Es wurden 41 neue eingereicht. Von den 47 Motionen wurden im Jahr 1955 37 erledigt, wovon 8 durch Rückzug. Für die 10 verbleibenden wurde die Behandlung auf das nächste Jahr verschoben. Aus dem Jahr 1954 waren noch 12 Postulate hängig. Im Berichtsjahr wurden 27 neue eingereicht. Von den 39 Postulaten wurden vom Rat 37 behandelt. 2 wurden auf das nächste Jahr verschoben.

Der Regierungsrat beantwortete 33 Interpellationen. 3 wurden zurückgezogen.

Die Antworten auf 36 Einfache Anfragen wurden dem Rat schriftlich ausgeteilt.

Regierungsrat

Als Regierungspräsident amtete vom 1. Januar bis 31. Mai Regierungsrat Rudolf Gnägi, Direktor der Volkswirtschaft. Am 1. Juni übernahm Regierungsrat Dr. Max Gafner, Direktor der Justiz und des Militärs das Amt des Regierungspräsidenten. Als Vizepräsident wurde Regierungsrat Dr. Robert Bauder, Direktor der Polizei, gewählt.

Der Regierungsrat hielt 103 Sitzungen ab, in welchen er 7585 Geschäfte, 11 weniger als im Vorjahr, behandelte.

In der Zuteilung der Direktionen des Regierungsrates fanden keine Änderungen statt.

Über die einzelnen wichtigeren Geschäfte verweisen wir auf die Verwaltungsberichte der Direktionen.

Der Regierungsrat hat wie bisher im Berichtsjahr die Weiterentwicklung im Jura aufmerksam verfolgt. In Folgegebung eines Postulates der Freisinnig-demokratischen Fraktion (v. Greyerz) hat der Regierungsrat

dem Grossen Rat einen Bericht betreffend die Ausführung dessen Beschlüsse vom 10. März 1949 über die Beziehungen des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil unterbreitet. Gleichzeitig erstellte Journalist W. Buser im Auftrag des Regierungsrates seinen Bericht «Der Jura im Rahmen der bernischen Staatsfinanzen».

Beide Berichte sind in der Februarsession den Mitgliedern des Grossen Rates ausgeteilt worden. Herr Grossrat Landry beantragte in der Maisession, als diese behandelt wurden, im Namen der jurassischen Deputation, der Regierungsrat habe je auf Ende einer Legislaturperiode dem Grossen Rat über die Ausführung der oben erwähnten Beschlüsse Bericht zu erstatten. Diesem Begehren wurde stillschweigend entsprochen. Der Grosse Rat nahm von beiden Berichten Kenntnis.

In Ausführung einer Motion Bickel, der Postulate der BGB-Fraktion, Schneiter und Burgdorfer (Burgdorf) betreffend Hebung der Stimmbeteiligung sowie eines Postulates Brahier betreffend Einführung der stillen Wahl für die Mitglieder des Regierungsrates, wurde dem Grossen Rat der Entwurf zu einem Dekret über das Verfahren bei Volksabstimmungen und Wahlen (Abänderung und Ergänzung) unterbreitet. In seiner Sitzung vom 2. Mai 1955 hat der Grosse Rat diesen Dekretsentwurf durchberaten, die Schlussabstimmung aber verschoben. Die grossrätliche Kommission beantragte später, die Bestimmungen des Dekretes über die Einführung eines dauernden Stimmrechtsausweises fallen zu lassen. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser Neuerung sei diese Frage dem Volke zum Entscheid zu unterbreiten. Der Regierungsrat hat darauf einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, dessen Behandlung in das nächste Berichtsjahr fällt.

Der Entwurf des Regierungsrates zur Ergänzung von Art. 26 Ziff. 13 der StV (Amtsdauer der Ständeräte) ist in zwei Lesungen vom Grossen Rat genehmigt worden. Die Volksabstimmung findet im Jahr 1956 statt, worauf diese Verfassungsänderung noch von den eidgenössischen Räten zu genehmigen ist.

Bezirksbeamte

Im Bestand der Bezirksbeamten traten während des Berichtsjahres folgende Änderungen ein:

Frutigen: An Stelle des zum Oberrichter gewählten Hans Burn wurde im öffentlichen Wahlgang als Gerichtspräsident/Regierungsstatthalter Hans Hari, Gerichtsschreiber in Frutigen, gewählt. An dessen Stelle wurde im stillen Wahlgang zum Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamten Rolf Tschanz, Fürsprecher in Bern, gewählt.

Nidau: Als Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamter wird an Stelle des zurückgetretenen Felix Bangerter in stiller Wahl gewählt Rolf Scherler, Fürsprecher in Bern.

Thun: Für den im Vorjahr zurückgetretenen Gerichtspräsidenten Dr. Ziegler, wurde im öffentlichen Wahlgang gewählt Dr. jur. Hugo Schmid, Gerichtsschreiber in Thun. Der Gerichtspräsident Dr. Hans Schultz wurde zum vollamtlichen Extraordinarius für Strafrecht und Strafprozessrecht an der juristischen Fakultät der Universität Bern gewählt. An seine Stelle wurde im öffentlichen Wahlgang Hans Ernst Ott, Fürsprecher in Clarens, gewählt.

Amtsrichter

Im Bestand der Amtsrichter traten folgende Änderungen ein:

Biel: Es erreichten die Altersgrenze und traten zurück: Baptiste Clerico und Emil Lüthi, beide in Biel. Im stillen Wahlverfahren wurden gewählt Oskar Flückiger und Werner Friedrich, beide in Biel.

Signau: Im Berichtsjahr verstarb Ludwig A. Kilchenmann in Langnau. Die Ersatzwahl findet 1956 statt.

Thun: An Stelle des wegen Erreichens der Altersgrenze ausgeschiedenen Hans Aerni in Hilterfingen wurde in stiller Wahl Robert Thöni, Steffisburg, gewählt; aus dem gleichen Grunde wurde Karl Wyss in Uetendorf in stiller Wahl durch Fritz Oesch in Homberg ersetzt.

Amtsgerichts-Ersatzmänner

Sämtliche Ersatzwahlen für Amtsgerichtersatzmänner konnten im stillen Wahlverfahren erledigt werden.

Bern: An Stelle des zurückgetretenen Dr. Leo Hugli, Fritz Simon, eidgenössischer Beamter in Bern.

Biel: An Stelle der zu Amtsrichtern gewählten Oskar Flückiger und Werner Friedrich wird die Ersatzwahl erst 1956 durchgeführt.

Burgdorf: Für den verstorbenen Hans Schär, Walterswil, Walter Baumann, Carossier in Burgdorf.

Frutigen: An Stelle des verstorbenen Friedrich Stoller, Kanderbrück, Samuel Künzi-Aellig, Landwirt, Blausee.

Thun: Für den zum Amtsrichter gewählten Fritz Oesch, Ernst Rupp, Landwirt und Gemeindeschreiber in Pohlern.

Die Ersatzwahl für den zum Amtsrichter gewählten Robert Thöni, Steffisburg, findet 1956 statt.

Wangen: An Stelle des wegen Erreichens der Altersgrenze zurücktretenden Dr. E. Bütikofer, Werner Röthlisberger-Schmitz, Verwalter der Knabenerziehungsanstalt in Oberbipp.

Staatskanzlei

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Zahlen Auskunft (Vorjahr):

An die Direktionen überwiesene Eingänge: 1923 (2073). Überweisungen an den Grossen Rat: 442 (444).

Drucksachenbestellungen: Verkaufssumme Fr. 126 376.90 (Fr. 118 967.85).

Beglaubigungen von 29 776 (31 577) Unterschriften, für welche Gebühren von Fr. 37 181.55 (37 024.85) verrechnet wurden; davon vom Regierungsstatthalter oder von Gemeinden Fr. 24 353 (25 217), belegt vom Legalisationsbureau oder durch Barverkauf Fr. 12 828.55 (11. 807.85).

Im Anweisungsverkehr wurden 2350 (2105) Geschäfte erledigt, die einen Ertrag an Gebühren von Fr. 207 167.95 (196 874.95) ergaben.

Die französische Abteilung besorgte 3768 Geschäfte, wovon 1047 des Regierungsrates. Dazu sind noch die zahlreichen Arbeiten der Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt hinzuzurechnen.

An Stelle des im Vorjahr verstorbenen Paul Claudon wurde zum neuen Standesweibel gewählt: Albert Baumgartner, bisher Angestellter auf dem kantonalen Arbeitsamt.

Benützung des Rathauses

Im Laufe des Berichtsjahres wurden im Grossratsaal 62 Sitzungen, davon 27 Stadtratssitzungen, abgehalten und die Rathauhalle für 35 Anlässe benützt. Die Kommissionszimmer wurden von den Direktionen für 236 Sitzungen benützt, wozu noch 31 Kommissionsitzungen des Grossen Rates kommen.

Soweit es sich bei der Benützung der Räumlichkeiten im Rathaus nicht um amtliche Anlässe handelt, wurden zur Deckung der Selbstkosten Gebühren erhoben, die im Berichtsjahr den Betrag von Fr. 8474.10 (inkl. Stadtrat Fr. 2382.30) erreichten.

Ferner erfolgten auf Anmeldung hin 184 Besuche unseres Rathauses mit rund 5000 Personen. Ungefähr die Hälfte dieser Besuche fiel wiederum auf Schulen und Vereine.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs

I. Personelles

Der Staatsarchivar war gemäss RRB Nr. 5030 vom 23. September 1951 für einen Sechstel seiner Arbeitszeit zur Durchführung der Organisation der Bürgerbibliothek beurlaubt. Der Arbeitsausfall wird dem Staat durch die Bürgergemeinde vergütet.

II. Benutzung

Das Staatsarchiv wurde von 376 Personen mit 2010 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 331 mündlich und 576 schriftlich erteilt.

III. Zuwachs

Unter den Geschenken, die im Berichtsjahr dem Staatsarchiv zukamen, verdienen besonders hervorgehoben zu werden die Originalabdancksurkunde der alten bernischen Regierung vom 4. März 1798, als Geschenk aus bernischem Privatbesitz, ferner eine Anzahl Dokumente aus dem 17. und 18. Jahrhundert, als kollegiale Gabe des Bundesarchivs und eine Sammlung von Wappen aus der Landschaft Saanen, die Herr Dr. h. c. Robert Marti-Wehren dem Archiv schenkte. Für eine Reihe weiterer, erwünschter Gaben an Handschriften, Büchern und Bildern, welche die Bestände in wertvoller Weise ergänzen, kann hier nur summarisch der Dank ausgesprochen werden.

Auch kaufweise konnten interessante Stücke erworben werden, so an einer Auktion in London ein Brief des Prinzen Condé an Schultheiss und Rat von Bern aus dem Jahre 1584, aus Berner Privatbesitz die Abfindungserklärung des Vinzenzenstiftspropstes von 1530, das Kreditiv der bernischen Gesandten zur Erfüllung

des Lausanner Vertrags von 1564 u. a. m.; ebenfalls aus bernischem Privatbesitz Briefe des bedeutenden Berner Schultheissen Franz Ludwig von Erlach aus seiner Burgdorfer Schultheissenzeit und aus dem Antiquariat ein Dokumentenbuch der Herrschaft Kiesen.

Von der Verwaltung wurden im Berichtsjahr ziemlich viele Bestände an das Archiv abgeliefert, nämlich von der Staatskanzlei die Beilagenbände zu den Regierungsratsprotokollen von 1936–1954, von der Finanzdirektion eine grosse Anzahl Urkunden der Jahre 1930 bis 1955 aus den meisten bernischen Amtsbezirken und teilweise Freiburg und Neuenburg betreffend, von der Volkswirtschaftsdirektion 355 Theken Akten der Jahre 1911–1950 und 121 Bände Kontrollen der Jahre 1873 bis 1944, von der Kriminalkammer die Akten von 1905 bis 1912, im ganzen 960 Dossiers, von der Rekurskommission die Akten des Jahrgangs 1933 (26 Mappen), von der Kirchendirektion 5 Theken Akten von 1941/42, von der Forstdirektion Waldwirtschaftspläne des Forstkreises Jura von 1920–1940 ca. 136 Bände, von der Landwirtschaftsdirektion Akten aus der Anfangszeit der landwirtschaftlichen Schule Rütli 4 Bände, von der Maturitätskommission Akten der Jahre 1950–1952, von den Kreisoberingenieuren Burgdorf und Biel ältere Strassenpläne, 226 und 130 Nummern, von den Kreisforstämtern Wimmis und Zweisimmen ältere Waldpläne, 3 und 46 Nummern, vom Grundbuchamt Bern 177 Bände Lagerbücher u. a. m., ferner 15 Gebäudepläne, Stadt Bern.

Ausserdem wurden von einigen Dienststellen dem Archiv Akten zur vorübergehenden Aufbewahrung anvertraut.

Die Bibliothek vermehrte sich um 727 Bände, 755 Broschüren und 123 Blätter, wovon 284 Bände, 277 Broschüren und 94 Blätter dem Archiv geschenkt oder abgeliefert wurden.

IV. Allgemeine Verwaltung

In der alten Abteilung (bis 1831) wurde die Urkundenrevision fortgesetzt; es wurden gereinigt, neu verpackt und neu registriert die Urkunden der Fächer Seftigen, Signau, Nieder- und Obersimmental und Thun (teilweise).

In der neuen Abteilung wurde die seit 1953 bearbeitete Neuordnung der Akten des Departements und der Direktion des Innern zum Abschluss gebracht. In Angriff genommen wurde die neue Aufteilung und Verpackung der Akten des Gemeindewesens; das gesamte, einzelne Gemeinden betreffende Material von 1831 bis 1925 wird nach Gemeinden innerhalb der Amtsbezirke gegliedert und neu aufgestellt. Bis jetzt sind 9 Amtsbezirke bearbeitet, nämlich die Ämter Aarberg bis Delsberg. Neu geordnet wurde ebenfalls die Abteilung der Mittelschulstipendien von 1898 bis 1921.

Im Berichtsjahr wurde mit den Mikrofilmaufnahmen wertvoller Archivbestände begonnen und im Rahmen des zur Verfügung stehenden Kredites von Fr. 30 000 die umfangreiche Serie der Ratsmanuale und Regierungsratsprotokolle in der Hauptsache bearbeitet. Die Arbeiten werden im kommenden Jahr fortgesetzt.

V. Inventare und Register

Die Erschliessung der Ämterbücher wurde fortgesetzt. Behandelt wurden die Ämter Saanen, Schwarzenburg und Thun.

Für das Gesamtregister der Regierungsratsprotokolle ab 1894 wurde der Zeitraum 1895–1904 weiterbearbeitet, so dass das neue Register voraussichtlich 1956 in Gebrauch genommen werden kann.

Fortgesetzt wurde das Emblemverzeichnis der Wappenkartothek; für die allgemeine Wappenkartei bearbeitet die Saaner Wappensammlung Marti-Wehren; nachgeführt wurden die Karteien der Sammlung der Gutachten, der Gesetze und Verordnungen, der Auszüge aus dem «Bund» und der Bibliothek.

Zum Inventar der Urbare wurde ein Ortsverzeichnis erstellt.

VI. Führungen und Ausstellungen

Führungen im Staatsarchiv, verbunden mit Ausstellungen, fanden statt für drei Klassen Oberseminar, eine Klasse Seminar Muristalden, für den bernischen Lehrerverein, Sektion Konolfingen, für eine Klasse 8. Schuljahr Übungsschule des Oberseminars, für die Kommission für Pflege der ländlichen Kultur, Fraubrunnen, für die Gewerbeschule Sumiswald und für den Chor des Bethel-College, Newton, Kansas (Mennoniten).

An auswärtigen Ausstellungen beteiligte sich das Staatsarchiv an der Johannes-Reuchlin-Ausstellung in Pforzheim.

VII. Lehrerfortbildungskurse

Diese von der Bernischen Vereinigung für Handarbeit und Schulreform organisierten Kurse, welche der Bildung in der Heimatkunde und im Urkundenlesen dienen, wurden auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Ein Kurs wurde unter Leitung von Archivassistent Lerch im Staatsarchiv für die Sektion Konolfingen des bernischen Lehrervereins durchgeführt, ein zweiter, unter derselben Leitung, fand im Amt Fraubrunnen statt, wobei ausser Lehrern auch andere Interessenten sich beteiligten.

An Lehrerfortbildungskursen von Chr. Rubi in Lyss und Gymnasiallehrer Fritz Häusler in Burgdorf beteiligte sich das Staatsarchiv durch Belieferung mit historischem Material.

VIII. Wissenschaftliche Arbeiten, Gutachten, Berichte

Die Arbeiten am Register des X. Bandes der Fontes rerum bernensium wurden vom Adjunkten des Staatsarchivs zum Abschluss gebracht. Der Band wird voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 1956 im Druck erscheinen. Im übrigen wurden im üblichen Rahmen Berichte und Gutachten für die Verwaltung und wissenschaftliche Interessenten erstattet.

IX. Bezirks- und Gemeindearchive

Im Berichtsjahr wurde das Bezirksarchiv Langnau besucht und in Umzugsangelegenheiten beraten.

Die Mithilfe des Staatsarchivs nahmen zur Ordnung von Archivangelegenheiten die Gemeindebehörden von Alle, Courgenay, Miécourt, Peuchapatte und Villeret in Anspruch.

X. Ehemaliges fürstbischöflich-baselsches Archiv

Die umfangreichen Ordnungsarbeiten in der Sektion B. 239, Gemeinde Lehen in der Ajoie, wurden zu Ende geführt, die Bestände in 133 Dossiers gegliedert und das Inventar in Karteiform fertiggestellt.

XI. Hallwyl-Archiv

Der Hallwyl-Fonds betrug am 1. Januar 1955 Fr. 15 592.60. Er beträgt am 31. Dezember 1955 Fr. 15 957.80. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf Fr. 389.15. Es wurden in bescheidenem Umfang Werke über die Geschichte und Heimatkunde des Aargaus für die Bibliothek des Staatsarchivs angeschafft.

Bern, den 31. Mai 1956.

Der Regierungspräsident:

Dr. Gafner

Vom Regierungsrat genehmigt am 6. Juli 1956.

Test. Der Staatsschreiber: **Schneider**